



## Eine Straße für »Sonja«!

Heute vor zehn Jahren starb die Schriftstellerin Ruth Werner – berühmt durch ihr Buch »Sonjas Rapport«. Berliner Bürger setzen sich seit Jahren dafür ein, dass eine Straße nach ihr benannt wird. **Seite 3**



## Präzise Himmelskarte

Aus den zur Erde gesandten Daten des im Weltall schwebenden Weltraumteleskops »Planck« erstellten Forscher eine komplette Karte des Himmels, die in ihrer Präzision bisher unerreicht ist. **Seite 20**



## Wohnen & Miete

Gleiche Miete für alle im Haus? / Wie weiter nach dem Fall »Emmely«? / Geld: Aus wenig das Beste machen

## Standpunkt

### Abkassierer

Von Silvia Ottow

Breite Zustimmung fanden Veränderungen in der Gesundheitspolitik dieses Landes nie. Dazu gibt es zu viele Grüppchen, die auf ihre Privilegien bedacht sind. Die ranneten entweder mit Weißkitteln und Trillerpfeife auf die Straße oder schickten heimlich ihre Lobbyisten in die Gremien, um das Schlimmste zu verhindern. Aber dieses Mal haben Unverfrorenheit und Klientelpolitik das Maß der Erträglichkeit weit überschritten. Reformabsichten? Gerechtigkeit? Solidarität? Alles Fehlanzeige. Es geht um Macht, Geld und Parteitaktik.

Gern möchte uns die Regierung weismachen, sie wolle das Gesundheitssystem verbessern. Das ist eine gigantische Lüge, denn sie müsste dazu die Einnahmebasis der gesetzlichen Krankenkassen erweitern und hohe Einkommen sowie die Bereicherungssucht der Leistungsanbieter im Gesundheitsbereich nicht länger schützen. Stattdessen bekommen Arbeitgeber schriftlich, dass ihre Beiträge nie wieder steigen werden, und gesetzlich Krankenversicherte, dass ihr finanzieller Anteil nach oben offen ist. Diese »Reform« schafft die Armen, denen sie später per steuerlichem Sozialausgleich helfen will. Hier geht es um die Rettung einer Regierung, deren Koalitionspartner nicht noch ein Wahlversprechen unerledigt auf den Aktenstapel legen können, und um die Rettung einer Partei, deren Glaubwürdigkeit mächtigen Schanden nahm und für die ein Gesundheitsminister mit Trotzkopf-Image und Abkassierer-Mentalität jetzt die Kohlen aus dem Feuer holt.

## Unten links

Von wegen Politiker sind arm dran. Angela Merkel ist wirklich reich. Sie hat 239 Freunde, die ihr Unionsfraktionsgeschäftsführer die Welt wissen und meinte damit durchweg alle CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag. Vermutlich weiß die Kanzlerin um das Verfallsdatum von derlei Treueschwüren. Mit der Bundespräsidentenwahl hat ihr ein Teil dieser angeblichen Freunde deutlich die Instrumente gezeigt. Deshalb war es weitsichtig, dass die CDU-Chefin gestern in der FDP-Fraktion vorbei schaute, um vielleicht den einen oder anderen neuen Freund hinzuzugewinnen. Und dann bleiben Merkel ja immer noch die Fußballnationalspieler in Südafrika, zu denen sie am Finalwochenende mal wieder ein Flieger bringen soll – damit sie wenigstens für 90 Minuten das dröge Spiel ihrer Koalition daheim vergessen kann. Gönnen wir ihr den langen Flug und die kurze Begeisterung für elf junge Männer. Die meisten der anderen 239 Freunde kann sie womöglich schon bald vergessen. **oer**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

## Salto oder Villa?

61 von 64 Spielen sind beendet bei der Fußball-WM in Südafrika. Dem Match Nr. 62, dem Halbfinale 2, wird in Deutschland und Spanien entgegengefiebert wie nur selten einem Fußballspiel: Wird Miroslov Klose wieder den Tor-Salto zeigen? Oder jubeln die Spanier mit ihrem besten Torschützen David Villa, der schon fünf Mal bei diesem Turnier traf? Eins ist wohl sicher: Heute Abend ab 20.30 Uhr wird die nächste TV-Rekordquote notiert.

Foto: AFP



## Solidarität im Tiefkühlschrank

Arbeitgeberanteil für Krankenkassen wird eingefroren / Beitragszahler sollen System sanieren

Von Silvia Ottow

Nach langem Taktieren hat die schwarz-gelbe Regierung die Katze aus dem Sack gelassen. Gesetzlich Krankenversicherte werden künftig alle Steigerungen der Gesundheitskosten im Wesentlichen allein tragen. Ihre Zusatzbeiträge können ins Unendliche steigen, während der Arbeitgeberanteil auf Jahre eingefroren wird.

Gerecht, solidarisch, treffsicher und solide – der Bundesgesundheitsminister lobt das Ergebnis der Koalitionsgespräche über die zukünftige Ausgestaltung des Gesundheitssystems am gestrigen Nachmittag vor der Bundespressekonferenz. Selbstsicher schildert er die Einigung der Regierungsparteien auf finanzielle Ausbesserungen, die ein Defizit von elf Milliarden Euro für 2011 gerade einmal abwenden können. Einsparungen bei Kassen, Krankenhäusern, Ärzten und Arzneimitteln sowie die

Erhöhung des Arbeitgeberanteils am einheitlichen Krankenversicherungsbeitrag auf 7,3 Prozent sind der eine Teil dieser Vereinbarung. Den anderen tragen vor allem die Versicherten. Ihre Zusatzbeiträge werden »weiterentwickelt«, wie es euphemistisch geschrieben wird. Im Klartext: Sie können in beliebiger Höhe eingefordert werden, je nachdem, wie es um die finanzielle Lage der Krankenkasse bestellt ist. Ein Ausgleich für Geringverdiener soll über das Steuersystem erfolgen. Wie das bei Beziehern von Arbeitslosengeld II geregelt werden soll, ist noch unklar. »Es ist das, was wir immer gefordert haben«, so Röslers Fazit, ohne das Wort Kopfpauschale in den Mund nehmen zu müssen.

Die Opposition sowie die Gewerkschaften und Sozialverbände kritisierten das Modell als einseitige Belastung der Arbeitnehmer. So ist für den Präsidenten des Sozialverbandes Deutschland, Adolf

Bauer, klar, wohin die Reise geht: »Damit werden die Weichen in Richtung Kopfpauschale gestellt. Insbesondere Geringverdiener und Rentner geraten dabei unter die Räder, denn sie sind die großen Verlierer, wenn die Zusatzbeiträge künftig ungebremst steigen. Für die Rentnerinnen und Rentner, die auch im kommenden Jahr mit einer Nullrunde rechnen müssen, bedeutet dies weitere Kaufkraftverluste und eine reale Minusrunde. Einem Rentner mit 800 Euro im Monat fehlen bei einem monatlichen Zusatzbeitrag von zwei Prozent 220 Euro im Jahr.«

Politik für Bestverdienende und Arbeitgeber nennt Martina Bunge, gesundheitspolitische Sprecherin der LINKEN-Bundestagsfraktion, das Regierungskonzept. »Das Gesundheitssystem wird endgültig zum Gesundheitsmarkt«, so Bunge weiter. Damit sei die Kopfpauschale eingeführt. Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Bunt-

bach ist das schwarz-gelbe Modell eine Kampfansage an die 70 Millionen versicherten Bürgerinnen und Bürger. Es sei absolut inakzeptabel, dass ausschließlich sie alle Kostensteigerungen mit nach oben offenen Kopfpauschalen zahlen müssten. Mit einem solchen Modell drohe eine unverantwortliche Belastungswelle für die Bürgerinnen und Bürger, die jede Form der Solidarität sprengt.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nannte das Ergebnis enttäuschend und einen Verstoß gegen den Koalitionsvertrag. Die Anhebung des Beitragssatzes verteuere die Arbeitskosten für die Wirtschaft »um mehr als zwei Milliarden Euro und gefährdet die Fortsetzung der derzeitigen wirtschaftlichen Erholung«.

Nach der Sommerpause will das Gesundheitsministerium gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf auf der Basis der Einigung vorlegen. **Seite 12**

## Kniefall vor der Kohlelobby

Verhandlungen über Rot-Grün in NRW abgeschlossen / Scharfe Kritik der LINKEN an Energiepolitik

Von Marcus Meier

Nach nur zweiwöchigen Verhandlungen haben sich SPD und Grüne auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Der Neubau von Kohlekraftwerken wird wohl möglich bleiben.

Zum Schluss sollte es nur noch um den »Feinschliff« gehen. Wesentliche Hürden gebe es nicht mehr, verkündeten unisono die beiden Verhandlungsführerinnen Hannelore Kraft (SPD) und Sylvia Löhrmann (Grüne). Während Kraft sagte, beide Parteien hätten Kröten schlucken müssen, wollte Löhrmann von Kröten nichts bemerkt haben. Am Wochenende entscheiden Parteitage beider Parteien über das Verhandlungsergebnis. Die Zustimmung gilt als sicher.

In der energiepolitischen Grundfrage einigten sich die beiden Parteien laut Medienberichten auf einen Formelkompromiss: Zwar sollen Erneuerbare Energien Vorrang

haben, doch der Neubau von fossilen, also auch Kohlekraftwerken wird weiterhin möglich bleiben. Laut Wahlprogramm wollten die Grünen neue Kohlekraftwerke verhindern – in NRW stehen einige der klimaschädlichsten Kohlekraftwerke Europas. Zum Teil sollen sie, so in Grevenbroich-Neurath, gar erweitert werden. In einigen NRW-Städten gibt es Pläne für den Neubau von Kohlekraftwerken, so in Datteln, Krefeld und Lünen.

Scharf kritisierte der Vize-Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Rüdiger Sagel, das Ergebnis der Verhandlungen. »Beim Neubau von Kohlekraftwerken sind die Grünen anscheinend auch in NRW eingeknickt – wie zuvor in Hamburg.« Die Energielobby um den RWE-Konzern habe sich offenbar durchgesetzt, glaubt Sagel, der neun Jahre lang für die Grünen im Landtag saß, bevor er 2007 zur LINKEN wechselte.



Wer hat wem den Schneid abgekauft?

Foto: dpa/Gambarini

Den Ausstoß des Haupt-Treibhausgases Kohlendioxid will die neue Landesregierung bis 2020 um 25 Prozent gegenüber den Mengen von 1990 reduzieren. Zum Vergleich: Ziel der Bundesregierung ist eine republikweite Senkung um 40 Prozent – im selben Zeitrahmen. Gestern wurde zudem Karl-Josef

Laumann, bisher Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, zum neuen CDU-Fraktionschef und damit zum Oppositionsführer im Landtag gewählt. Laumann setzte sich in einer Kampfabstimmung knapp gegen Noch-Integrations-Minister Armin Laschet durch. **Seiten 2 und 8**

## Gaza-Krieg: Erstmals eine Anklage

Totschlagvorwurf gegen israelischen Soldaten

Tel Aviv (Agenturen/ND). Andert-halb Jahre nach Ende des Gaza-Krieges hat der israelische Militärstaatsanwalt erstmals Anklage gegen einen Soldaten wegen Totschlags erhoben. Dem Soldaten werde zur Last gelegt, absichtlich und gegen alle Befehle das Feuer auf zwei Palästinenserinnen eröffnet und die beiden Frauen getötet zu haben, heißt es in einer Erklärung vom Dienstag. Am 4. Januar 2009 waren eine 64 Jahre alte Frau und deren 35 Jahre alte Tochter laut Augenzeugenberichten mit einer Gruppe unterwegs. Der Soldat hatte das Feuer eröffnet, obwohl mehrere Palästinenser eine weiße Fahne als Zeichen der Friedfertigkeit geschwenkt hatten.

Nach Angaben von Militärstaatsanwalt Avichai Mendelblit sind von 150 Vorfällen während des Gaza-Krieges 2008/09 rund 50 untersucht worden.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ist derweil zu Gesprächen über den Nahost-Friedensprozess und die umstrittene israelische Siedlungspolitik nach Washington gereist. Netanjahu, dessen vorangegangener Besuch im Weißen Haus im März frostig ausgefallen war, traf am Dienstag mit US-Präsident Barack Obama zusammen. Israel will den Bau jüdischer Siedlungen nach dem Ende eines Moratoriums auch im Westjordanland wieder vorantreiben. Daran gebe es »nicht den geringsten Zweifel«, hieß es. **Seite 5**

## Kurz

### Kämpfe mit PKK

Diyarbakir (AFP). Bei Kämpfen zwischen kurdischen Rebellen und der türkischen Armee sind in der Nacht zu Dienstag 13 Menschen getötet worden. Rebellen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) griffen in der südosttürkischen Provinz Hakkari nahe der Grenzen zu Iran und Irak einen Armeeposten an. Bei Gefechten seien drei Soldaten und zehn Rebellen getötet worden, hieß es.

### Tod vor Mordprozess

Duisburg (dpa). Ein wegen Mordes an 58 jüdischen Zwangsarbeitern angeklagter ehemaliger SS-Mann aus Duisburg ist vor seinem Prozess gestorben. Er war 90 Jahre.

### EU will Bitte prüfen

Brüssel (dpa). Die Europäische Union wird sich nach den schweren ethnischen Auseinandersetzungen in Kirgistan in Kürze mit Hilfe für das zentralasiatische Land befassen. Dabei werde es auch um Polizeiausbildung und möglicherweise um die Präsenz von EU-Beobachtern gehen. Dies sagte die für humanitäre Hilfe zuständige EU-Kommissarin Kristalina Georgiewa in Brüssel.

### Elf Tote bei Absturz

Bukarest (AFP). In Rumänien sind beim Absturz eines Militärflugzeugs elf Menschen ums Leben gekommen und drei verletzt worden.